

# Europas Zersplitterung

## Die schädliche Versailler Lösung

Der Frieden von Versailles hat den Krieg nicht beendet. Die Konferenz von Washington, deren Programm die Abrüstung und die Reinigung der Atmosphäre bilden, wird nicht gütlichen können, was in Versailles angeordnet worden ist. Nicht können, vielleicht auch nicht wollen.

Die Scheidung der Nationen in Sieger und Besiegte beruht auf Täuschung und auf Selbsttäuschung. Die Politiker, die in Versailles nur an militärische und machtpolitische Fragen dachten und die Wirtschaft nach Belieben kommandieren zu können glaubten, haben sich selbst und ihre Völker betrogen.

Der Versuch einer rein machtpolitischen „Lösung“ des grössten Krieges der Geschichte ist verhüllt worden durch ideologische Schlagworte, die der amerikanische Präsident Wilson geliefert hat. Wäre Wilson der Idealist und grosse Staatdenker gewesen, für den ihn heute noch manche halten, er hätte dem Werk von Versailles wenigstens den Keim eines wirklichen Fortschrittes einpflanzen können und damit eine Spur von Hoffnung für die Völker, die geblutet und gelitten haben. Dem Präsidenten der Vereinigten Staaten hätte es nahegelegen und gut gestanden, wenn er für Sieger und Besiegte die Möglichkeit eines späteren europäischen Zusammenschlusses geschaffen hätte: die „Vereinigten Staaten von Europa“ als Endziel, gewisse wirtschaftliche, finanzielle, verkehrstechnische Vereinbarungen, im Friedensvertrag verankert, als Fundament dieser Entwicklung.

Das wäre eine Tat gewesen, die der Welt unendliches Leid und weite gefährliche Unwege erspart hätte. Statt dessen hat sich das Haupt eines Landes, das als „Schmelztiegel der Nationen“ gross geworden ist, zum Anwalt eines Nationalismus gemacht, der unter dem Schlagwort des Selbstbestimmungsrechts der Völker Europa noch mehr, noch unheilbarer, noch unheilvoller zersplittert hat als zu zuvor. Grosse Komplexe sind zerschlagen worden, und an Stelle der in Jahrhunderten festgewordenen Staatengebilde sind alle möglichen Zwergkingdoms getreten, die ihr Lebensrecht lediglich aus der bis aufs Absurde übersteigerten Idee des Nationalstaates herleiten. Was so geschaffen worden ist, sucht sich mit allen Mitteln zu erhalten, will auf Kosten der Nachbarn wachsen, will — eine Karikatur in einer Zeit kontinentaler Zusammenfassungen — eine eigene Volkswirtschaft begründen und durch Zölle und wirtschaftlichen Nationalismus beschützen, will „Herr im Hause“ sein und die neugewonnene „Freiheit“ durch Gewaltausübung gegen die Minderheiten „geniessen“.

## Völkerspitter

Der Friede von Versailles hat Europa zersplittert, statt es zu einigen. War es Ideologie, was Wilson dazu brachte, den Protektor aller Völkerspitter zu spielen, oder hat er gewusst und gewollt, was geschah? Wäre Wilson der Vertreter des britischen Imperialismus gewesen, so hätte er mit seiner Haltung nur die Tradition befolgt, die aus der Schwäche und Ohnmacht des Kontinents die Stärke und weltbeherrschende Macht des vereinigten Königreiches herleitete. Amerikanische Politik hätte andere Ziele verfolgen müssen. Für Amerika bedeutet ein geeintes Europa keinen Rivale, sondern ein wirtschaftliches Betätigungsfeld, einen Teilhaber grossen Unternehmungen und einen Abnehmer, dessen Aufnahmefähigkeit mit der Wiederherstellung seiner Leistungsfähigkeit Schritt zu halten versprach. Wilson hat keine amerikanische, sondern englische Politik gemacht. Was soll dem zersplitterten Europa der „Völkerbund“?

Wird Harding amerikanische Politik machen? Vielleicht wird die Entwicklung, die seit Versailles eingetreten ist, dazu beitragen. Diese Entwicklung hat nicht nur die Vereinigten Staaten getäuscht, sondern auch England. Die politische Ernte, die das britische Weiland einheimste, hat zwar alles übertroffen, was frühere Friedensschlüsse den Briten verschafften. Aber die Zerstörung der Wirtschaftsmaschine der Welt hat diese Früchte verbiitert. Nach

früheren Kriegen konnte man Ländergrenzen verschieben und eine Monopolstellung erlangen und ausbeuten, weil die einfache wirtschaftliche Struktur das Mindestmass von Widerstandsfähigkeit schuf, das der englische Operateur für seine Eingriffe brauchte. Die überfeinerten Organismen der modernen Volkswirtschaften übertragen Störungen und Zerstörung viel schwerer, und die Reparatur wird immer unmöglicher, je länger das Getriebe stockt.

## Das Problem Europa

Auf der Washingtoner Konferenz tritt deshalb allmählich das Problem Europa immer mehr in den Vordergrund. Die japanische Frage wird so gelöst, wie es auf Grund der vorherigen Absprache zwischen der britischen und der amerikanischen Regierung vorgesehen war. Japan muss sich knirschend fügen, zumal alle seine Versuche gescheitert sind, das grosse chinesische Volk die Eingriffe in sein Daseinserrecht vergessen zu machen, die Japan früher verübt hat, gedrängt durch die Notwendigkeit, Kohle und Eisen, die dem Inselreich fehlen, auf dem asiatischen Kontinent zu suchen. Und nun Europa! Russland ist im Augenblick noch mehr als Deutschland nur Objekt politischer und wirtschaftlicher Aktionen. Die Russen selbst sind sich darüber klar, dass dieser Zustand dem Willen und den Machinationen der englischen Politik entspringt. Und diese Erkenntnis, die allen Schichten des russischen Volkes gemeinsam ist, wird später einmal von politischer Bedeutung sein. Heute spielt sie noch keine Rolle. Als einziger Gegenspieler gegen die englische Politik ist in Washington der französische Ministerpräsident aufgetreten.

Clemenceau hat seinerzeit den Frieden von Versailles nach den englischen Wünschen formen helfen. England bediente sich aus der deutschen Erbschaft mit allen greifbaren Werten und überliess Frankreich dafür die Anwartschaft auf ungezählte Milliarden, die Deutsch-

land, das verstümmelte, seiner Hilfsquellen beraubte Land, „später einmal“ zahlen soll. Frankreich übernahm es, den Gendarmen, Gerichtsvollzieher und Exekutor gegenüber dem deutschen Volke zu spielen, seine Volkswirtschaft auf die Luftschlösser der deutschen Wertschöpfungen einzustellen und seine Volkskraft in der Niederhaltung des deutschen Widerstrebens gegen unmögliche und unerträgliche Lebensverhältnisse aufzubrechen. Aus dieser Situation hat noch kein französischer Staatsmann den einzig möglichen Ausweg gefunden, durch einen entschlossenen Verzicht auf Unmöglichkeit das Mögliche zu gewinnen. Frankreich macht jetzt vielmehr den Versuch, unter Aufrechterhaltung der seit 1871 traditionellen Frontstellung gegen Deutschland eine selbständige Politik gegenüber Grossbritannien zu treiben. Dieser Versuch ist zum Scheitern verurteilt, denn seine Voraussetzung — eine Bereinigung der kontinentalen Verhältnisse — scheint ferner denn je. Im Gegenteil wird die britische Politik wieder in den Stand gesetzt, durch unverbundene Äusserungen die so oft enttäuschten Hoffnungen des deutschen Volkes auf eine Erleichterung seiner Leiden durch englische Samariterdienste erneut zu beleben.

## Keine falschen Hoffnungen!

Die deutsche öffentliche Meinung wird gut tun, unter allen Umständen angesichts der Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den angelsächsischen Staaten und Frankreich hervortreten, und ebenso angesichts der gereizten Stimmung, die in Italien gegenüber Frankreich besteht, die äusserste Zurückhaltung zu bewahren. Die deutsche Erfüllungspolitik bedeutet den Versuch, der Welt die nötige Zeit zu lassen, sich von der Unmöglichkeit einer rein politischen Einstellung zu wirtschaftlichen Fragen zu überzeugen und den Wiederaufbau der Welt aus der Atmosphäre der Rivalitäten von Parteien und Staatsmännern in die nüchterne Beleuchtung des Geschäftszimmers zu bringen. Dieser Prozess der Erriechterung und Versachlichung der Kriegenschuldfrage, der allerhand Hemmungen und Zwischenfällen ausgesetzt bleibt, ist ohne Zweifel im Gang. Aber es be-

darf grosser Geduld, wacher Vorsicht und rechtzeitiger Tatbereitschaft, um seinen ruhigen Ablauf zu sichern. Die Katastrophenpolitiker der ganzen Welt tun, was sie können, diesen einzigen Weg der Rettung zu versperrern. Um so notwendiger ist es für das deutsche Volk, die Nerven zu behalten und durch friedliche Arbeit den Wiederaufstieg der Zukunft vorzubereiten.

Die nächste Aufgabe ist, dafür zu sorgen, dass der Zahlungstermin am 15. Januar eingehalten werden kann, falls die Entente nicht selbst zur Erkenntnis kommt, dass diese Zahlungen zwar Deutschland schaden, aber niemand wirklich nützen.

## Die Reichsfinanzen müssen gesunden

Trotz aller politischen und wirtschaftlichen Hemmnissen wird die Kreditaktion der deutschen Industrie weiter betrieben. Nicht umsonst wollen Stinnes und Rathenau in London! Einigkeit besteht über die Notwendigkeit, die Reichsbetriebe vom Defizit zu befreien, die Ausgabenpolitik des Reiches den vorhandenen Möglichkeiten anzupassen und die Einnahmen durch Anspannung der Steuerkraft im Rahmen des Durchführbaren zu vermehren. Diese Aufgabe, die keinerlei parteipolitischen Zank verträgt, sondern von jeder Partei wie auch von jeder Regierung durchgeführt und unterstützt werden müsste, wird von Woche zu Woche dringlicher. Die Gefahr, dass die gegenseitige Verzankung gar noch zu einer Reichstagsauflösung und damit zu einer gefährlichen Verschiebung der Gesundungsaktion führt, ist nicht gering. Wer es gut meint mit dem deutschen Volk, wird wünschen, dass, was geschehen muss, schnell und unter Zurückstellung vorgesehener Meinungen und mehr oder minder berechtigter Sondermeinungen geschieht.

Bis jetzt ist es gelungen, dem deutschen Volk in aller seiner Not wenigstens die nationale Einheit zu retten. Es gilt jetzt, eine äusserste Anstrengung zu machen, um zu verhindern, dass die Gewaltpolitik jenseits des Rheins die vielleicht letzte Gelegenheit erhalten, ihre Methoden an dem lebenden Körper des deutschen Volkes zu erproben.

## Oberschlesische Verhandlungen

Bei den Genfer Vorverhandlungen ist beschlossen worden, dass die zwölf Kommissionen, die über die wirtschaftlichen Bedingungen des künftigen Zusammenlebens Oberschlesiens beraten sollen, in Kattowitz, Beuthen, Oppeln und anderen Orten des Gebietes zusammentreten. Nur die Kommission für den Schutz der Minderheiten soll in Genf selbst weiter tagen. Auf deutscher Seite besteht der Wunsch, im Zusammenhang mit den oberchlesischen Verhandlungen überhaupt ein korrektes Verhältnis zu Polen anzubahnen. Der polnische Ministerpräsident Ponikowski hat kürzlich einem Vertreter des „Matin“ gegenüber — unter gleichzeitiger Beteuerung der unbedingten Gefolgschaft für Frankreich — die Notwendigkeit von Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland hervorgehoben. Trotzdem hat Ponikowski in einer Rede in Posen die deutsche Minderheit als „Eindringlinge“ bezeichnet und den Herrenstandpunkt in unverhüllter Form betont. Der polnische Ministerpräsident verfolgt offenbar die Absicht, die herrschende Partei Posen, die besonders rabiaten Nationaldemokraten, für die Realpolitik zu gewinnen, die Polen durch den Zwang der Wirtschaftsverhältnisse auferlegt wird. Er hat aber durch die chauvinistischen Töne, die er ausgesprochen, nach aussen mehr verdoeben, als er hoffen konnte, innerpolitisch zu gewinnen. Besonders unangenehm hat sein Versuch gewirkt, den Notruf der deutschen Minderheit, der an den Völkerbundrat ergangen ist, hochmütig zurückzuweisen. Bisher hat sich die Warschauer Regierung bei Beschwerden über offenkundige Vertragsverletzungen damit entschuldigt, dass es sich um Missgriffe „untergeordneter“ Organe gehandelt habe. In der Tat tun die Machthaber „Pommerellens“, was sie wollen. Und deshalb steht es dem polnischen Ministerpräsidenten doppelt schlecht an, den Verzweklungskampf der deutschen Bürger Polens unterdrücken zu wollen. Die oberchlesischen Kommissionberatungen beginnen am 9. Dezember, in Genf hofft man sie bis Mitte Januar abgeschlossen zu sehen.



Seite 3—4 und Seite 9—14.

Original-Zeichnung von Kurt Szofronski.